

## 10. Schul- und Unterrichtsqualität voranbringen

Postulat Patricia Bernet (SP, Uster), Monika Wicki (SP, Zürich), Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil) vom 31. März 2025

KR-Nr. 110/2025, Entgegennahme, Diskussion

*Ratspräsident Beat Habegger:* Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Allerdings hat Marc Bourgeois an der Sitzung vom 8. September 2025 Antrag auf Nichtüberweisung gestellt, deshalb werden wir heute darüber abstimmen.

*Patricia Bernet (SP, Uster):* Ich wiederhole meine Interessenbindung: Ich bin Primarschulpräsidentin in Uster.

Das Postulat schliesst an die vorherigen Voten an. Es wurde mehrfach von Flexibilität und Gestaltungsspielraum gesprochen, zentrale Punkte, die mit diesem Postulat erhöht werden sollen. Wir brauchen schnellere Entwicklungsmöglichkeiten, höhere Qualität und flexiblere Massnahmen. Welche Massnahmen in den jeweiligen Schulgemeinden umgesetzt werden sollen, kann durch eine Neupositionierung der FSB (*Fachstelle für Schulbeurteilung*) unterstützt werden.

Das Bildungswesen ist mit rasanten gesellschaftlichen und technologischen Veränderungen konfrontiert. Die Volksschule muss auf viele Herausforderungen reagieren. Dazu zählen zum Beispiel die Digitalisierung, Diversität, soziale Unterschiede, psychische Gesundheit, tiefe Entwicklungsstände der Kinder beim Schuleintritt oder steigende Anforderungen an die vielen zu vermittelnden Kompetenzen. Die Volksschule muss sich schneller entwickeln und anpassen können. Schul- und Unterrichtsentwicklung stehen deshalb im Zentrum einer modernen, leistungsfähigen und chancengerechten Volksschule, die einen guten Output liefern kann.

Die Fachstelle für Schulbeurteilung evaluiert alle fünf Jahre jede Volksschule im Kanton Zürich nach festgelegten Qualitätskriterien. Sie unterstützt mit dieser unabhängigen Aussensicht die Entwicklung. Sie liefert praxisnahe Impulse für pädagogische und organisatorische Verbesserungen. Ebenso hilft sie, mit professionellen Berichten und Workshops Stärken und Verbesserungsbereiche zu erkennen und Entwicklungsziele zu setzen. Die FSB sorgt für Qualität in unserem chancengerechten Bildungssystem, 2005 wurde sie im Volksschulgesetz verankert. Sie ist eine wichtige, unabhängige Evaluationsinstanz. Sie ist keine Kontrollstelle, sondern eine strategische Partnerin für Schulführung und Entwicklung.

Die FSB soll sich aber weiterentwickeln, um laufend neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis zu integrieren. Sie soll Innovations- und Entwicklungsprozesse aktiv begleiten und Best Practices in anderen Schulen implementieren. Unsere Volksschulen stossen wegen fehlender Flexibilität und geringen Innovationsmöglichkeiten an Grenzen. Kein Unternehmen könnte sich erlauben, wissenschaftliche Erkenntnisse zu ignorieren, zu stagnieren oder Qualitätsentwicklung

zu streichen. Gründe für die aktuelle Situation und die fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten liegen vor allem in starren gesetzlichen Rahmenbedingungen. Diese Starrheit und Reglementierung bremsen dringend notwendige Anpassungen. Wir brauchen aber kreative neue Lösungsansätze, die zu unseren heutigen gesellschaftlichen und schulischen Bedingungen passen. Wir brauchen eine professionelle Begleitung der Schule und agile Entwicklungsprozesse. So können wir bessere Leistungen, höhere Motivation und weniger Stress für die Kinder erreichen. Programme wie QUIMS (*Qualität in multikulturellen Schulen*), externe evaluationsbasierte Entwicklung und lernfördernde Innovationen zeigen deutliche und nachhaltige Qualitätssteigerungen. Die Partizipation und Eigenverantwortung der Schulen steigert die Motivation und die Lernerfolge der Kinder. Kinder profitieren von einer Schule, die offen für neue pädagogische Ansätze ist und sich nicht über starre Vorgaben, sondern über Entwicklungswillen und Gestaltungsfreude definiert. Dies reduziert auch den Stress bei den Lernenden.

In St. Gallen, Waadt oder Luzern werden mit externen Evaluationen für die Schulen verbindliche Entwicklungspläne erstellt. Datenbasierte Schulbegleitung und Netzwerke helfen, Schulen systematisch zu verbessern, ohne immer mehr Mittel bereitzustellen. In Zürich fehlt die rechtliche Basis, solche Qualitätssysteme dauerhaft und wirkungsvoll zu implementieren. Die SP fordert mit ihrem Vorstoss gezielte Verbesserungen bei Schul- und Unterrichtsentwicklung. Dazu zählen nicht nur sich wiederholende Evaluationen, sondern auch eine systematische Qualitätskultur, in der alle Beteiligten eingebunden sind und Innovation gefördert wird. Die Fachstelle für Schulbeurteilung soll vermehrt begleitend agieren. Sie soll gute Beispiele aus anderen Schulen verbreiten und helfen, sie anderenorts einzuführen. Sie soll die Entwicklung voranbringen, die einen guten Output der Schulen ermöglichen. Die SP sieht darin den Weg zu einer zukunftsfähigen Volksschule. In dieser Arbeit werden die Kinder selbst motiviert und erbringen so hohe Leistungen.

Die hier skizzierte Entwicklung kann nur dann nachhaltig und wirksam sein, wenn sie im Volksschulgesetz verankert wird. Schulen sollen damit mehr Handlungsspielraum erhalten. Mittels Entwicklungsplänen soll die Qualität kontinuierlich gesteigert und die Leistungen der Schülerinnen und Schüler verbessert werden. Die Überweisung des Postulats ist dringend geboten, denn damit werden die wichtigsten Hebel für wirkungsvolle und zukunftsfähige Schulentwicklung ermöglicht. Wir wollen die Stärkung der Fachstelle für Schulentwicklung. Wir brauchen die Förderung von Entwicklung und Innovation statt die heutige Ressourcenmentalität. Wir brauchen Entwicklungspläne und Innovation auf Basis von Vertrauen, Qualität und einem guten Output statt administrativer Kontrolle.

Der Regierungsrat – vielen Dank! – empfiehlt die Entgegennahme. Folgen Sie dieser Empfehlung und überweisen Sie das Postulat. Die Regierung kann uns dann darlegen, ob und wie die FSB weiterentwickelt werden kann und diese Ziele näherbringt.

*Barbara Franzen (FDP, Niederweningen):* Ich entschuldige mich, dass ich in meinem vorherigen Votum (zu KR-Nr. 106/2025) meine Interessenbindungen

nicht bekannt gegeben habe: Ich bin Präsidentin der Schulpflege Wehntal und ich bin im Vorstand des VZS (*Verband Zürcher Schulpräsidien*).

Wir haben in der Tat einen Antrag auf Ablehnung gestellt. Natürlich ist das Anliegen, die Schul- und Unterrichtsqualität kontinuierlich zu verbessern, an sich unterstützungswürdig und unbestritten. Wir machen aber ein grosses Fragezeichen, ob denn dieser vorgeschlagene Weg, insbesondere die Stärkung und eben die Ausweitung von zentralen Steuerungs- und Unterstützungsstrukturen, überhaupt zielführend und auch verhältnismässig ist. Ich begründe unseren Ablehnungsantrag wie folgt:

Erstens setzt das Postulat stark auf mehr Koordination, engere Zusammenarbeit und auf potenziell neue Angebote und gesetzliche Anpassungen auf kantonaler Ebene. Das ist nicht das, was wir wollen. Es droht nämlich damit eine weitere Zentralisierung der Schulentwicklung, die aus unserer Sicht zulasten der pädagogischen Freiheit und Verantwortung der einzelnen Schulen geht. Für uns ist die Autonomie oder der Restbestand der Autonomie der einzelnen Schulgemeinden ein zentrales Element unseres Bildungssystems. Die Schulen vor Ort kennen die Schülerinnen und Schüler, das Umfeld und die Herausforderungen am besten. Qualitätsentwicklung lässt sich aus unserer Sicht nicht top-down verordnen, sondern entsteht durch Engagement und Verantwortungsübernahme auf der Schulebene. Aus unserer Sicht sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür im Volksschulgesetz abgebildet.

Zweitens hinterfragen wir auch sehr kritisch, ob denn die geforderte Stärkung der FSB, der Fachstelle für Schulbeurteilung, tatsächlich einen gewünschten Mehrwert bringt. Seit Jahren evaluiert die FSB mit erheblichem personellem und auch finanziellem Aufwand die Schulen. Aus unserer Sicht sollte man, statt immer neue Zyklen, Workshops und Unterstützungsformate zu schaffen, überhaupt einmal prüfen, ob bestehende Instrumente effizient genutzt werden und ob der zusätzliche administrative Aufwand für Schulleitungen und Lehrpersonen in einem sinnvollen Verhältnis zum Ertrag steht. Ich weiss, wovon ich spreche, ich habe im Moment vier Schulen, die sich genau mit dem Aufwand für die FSP etwas quälen, muss ich sagen. Aus unserer Sicht bedeutet mehr Evaluation und Begleitung eben nicht automatisch bessere Unterrichtsqualität. Es kann im Gegenteil zu einer Überlastung mit diesen vielen Berichten und Prozessen führen, und wertvolle Zeit für den Unterricht wird damit gebunden.

Drittens erweckt das Postulat den Eindruck, es liessen sich wissenschaftliche Erkenntnisse und Best Practices zentral sammeln und dann eben standardisiert auf alle Schulen übertragen. Das Sammeln, ja, das ginge ja noch, aber eben das Übertragen, aus unserer Sicht greift dieses Verständnis zu kurz. Die pädagogische Forschung liefert wertvolle Impulse, doch ihre Umsetzung ist kontextabhängig und sie verlangt auch ein gewisses professionelles Ermessen vor Ort bei den Schulgemeinden. Ein zu starker Fokus auf richtige Methoden und vorgegebene Entwicklungseinrichtungen birgt aus unserer Sicht die Gefahr einer Gleichmacherei. Wir haben bereits ein Volksschulgesetz, das dafür sorgt, dass die Chancengleichheit angestrebt wird, das reicht aus unserer Sicht.

Und dann auch noch der implizite Ruf nach möglichen Gesetzes- und Verordnungsanpassungen, den wir eben aus diesem Postulatsbericht herauslesen, das finden wir sehr problematisch. Es wird zwar von mehr Flexibilität gesprochen, aber wenn wir ehrlich sind, behandeln wir den ganzen Morgen schon hier im Rat Vorstösse der SP, die eben genau nicht mehr Flexibilität für die Schulgemeinden ermöglichen, sondern standardisiert Vorgaben für den Kanton machen wollen. Aus unserer Sicht ist die Regulierung auf einer bestimmten Ebene, auf einer bestimmten Flugebene notwendig, das Volksschulgesetz erwähnte ich. Und eine Bitte an die Bildungsdirektion: «ME Flex» (*Mitteleinsatz flexibler gestalten*), das wäre aus unserer Sicht eine gute, eine anstrebenswerte Änderung. Das brauchen wir, weil die Schulgemeinden eben genau mit ME-Flex die Flexibilität erreichen würden. Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Qualität der Schule wird nicht primär durch zusätzliche kantonale Strukturen und stärkere Steuerung verbessert, sondern durch das Vertrauen in die Schulgemeinden, in die Professionalität der Lehrpersonen, durch Freiräume in der Schulentwicklung, die auf das Lokale einwirken können. Wir lehnen das Postulat ab.

*Christoph Ziegler (GLP, Elgg):* Die Forderung des Postulats tönt gut. Natürlich hat niemand etwas dagegen, wenn Schul- und Unterrichtsqualität vorangebracht werden. Auch ich als Lehrer arbeite täglich daran und gebe heute ganz anders Schule als vor 35 Jahren. Allerdings finden wir von der GLP es falsch, wenn die Fachstelle für Schulbeurteilung zusammen mit der Forschung und Wissenschaft die einzelnen Schulen steuert. Darauf würde nämlich eine Umsetzung der im Postulat geäußerten Ideen hinauslaufen und sicher nicht auf mehr Flexibilität der einzelnen Schulen.

Die Fachstelle für Schulbeurteilung übt eine Aufsichtsfunktion über die Schulen im Kanton Zürich aus. Sie schreibt einen Bericht, einen umfangreichen Bericht, der öffentlich einsehbar ist, und gibt den Schulen Empfehlungen zu einzelnen Punkten. Das ist ihr Auftrag und nicht mehr und nicht weniger.

Schon heute ist der Nutzen dieser aufwendigen Berichterstattung nicht in jedem Fall ersichtlich. Eine Ausweitung zu einer eigentlichen Steuerungsinstanz lehnen wir ab. Wir brauchen keine zusätzliche Ebene, die den Schulen vorgibt, was richtig ist. Die Schulen sollen bei der Durchführung von Unterricht möglichst frei bleiben. Dabei herrscht natürlich keineswegs Narrenfreiheit oder unkontrollierter Wildwuchs. Die Unterrichtsqualität wird zum Beispiel durch die Lehrmittel – die sind obligatorisch – und die Aus- und Weiterbildung an der PHZH massgeblich gesteuert und beeinflusst. Wissenschaftliche Erkenntnisse fliessen auf verschiedenen Wegen in die Schule ein. Daneben brauchen aber die Schulen einen gewissen Handlungsspielraum. Jeder Schüler, jede Schülerin ist verschieden, keine Schule ist gleich. Zentrale Rezepte aus einem Bericht werden dieser Realität nicht gerecht.

Das Postulat will mit den Beobachtungen und Erkenntnissen der Fachstelle für Schulbeurteilung den Beispielen aus sogenannten exzellenten Schulen, kombiniert mit wissenschaftlichem Fachwissen, die Qualität steigern. Ich bezweifle ernsthaft, dass die Aufblähung eines Apparates die Schul- und Unterrichtsqualität wirklich

verbessert. Wenn Wissenschaft und Forschung alleine definieren, was exzellent ist, droht die Praxis endgültig zur Randnotiz zu werden. Wir müssen die Lehrpersonen und die Schulen stärken, nicht die Verwaltung.

Die Ausbildung ist praxisnah zu gestalten. Die Studierenden sollen so zum Beispiel auf Elternarbeit vorbereitet werden, das Führungsverständnis soll geklärt werden et cetera. Stimmen aus der Praxis sollen frühzeitig ernst genommen werden, Frühfranzösisch und Förderklassen lassen grüssen. Es kann nicht sein, dass Vorgaben und Reformen immer wieder am grünen Tisch entworfen und danach von den Schulen ausgebadet werden.

Dieses Postulat hat einen guten Titel und verfolgt ein hehres Ziel. In der Sache aber widerspricht es der Überzeugung der GLP, dass nämlich eine gute Unterrichtsqualität in erster Linie von starken Lehrpersonen und Schulleitungen abhängt und nicht von immer neuen Evaluations- und Steuerungsinstrumenten. Überlassen wir die Schulen nicht noch stärker der Wissenschaft und der Bürokratie, blähen wir die Fachstelle für Schulbeurteilung nicht weiter auf, stärken wir die Lehrpersonen und lassen wir sie arbeiten, also unterrichten, statt sie mit zusätzlichen obligatorischen Impuls-Workshops, Fragebögen und Evaluationsrückmeldungen weiter zu belasten. Wir lehnen das Postulat ab.

*Tobias Infortuna (SVP, Egg):* Schön, dass der Wunsch nach einer Verbesserung der Volksschule vorhanden ist, der hier gewünschte Weg ist aber der falsche. Die Fachstelle für Schulbeurteilung gibt es seit 20 Jahren, und was hat sich damit geändert? Ausser zusätzlichen Staatsangestellten, zusätzlichen Kosten, zusätzlicher Bürokratie und in jedem Schulhaus zusätzlichem Zeitaufwand und zusätzlichem Papierkram genau nichts, viel Aufwand und wenig Ertrag. Einmal mehr ist nichts besser geworden, sondern einfach nur teurer.

Ich durfte als Schulpfleger einmal den Besuch der Fachstelle miterleben und eine geballte Ladung Bürokratie sehen, die auch in der 40-seitigen Zeitschrift der Fachstelle erkennbar ist, die in der letzten Woche verschickt wurde. Auch die übermässig vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse und vor allem Scheinerkenntnisse im Bildungsbereich haben nichts verbessert. Die Forschung hat schon viel zu viele realitätsfremde Neuerungen in die Schulzimmer gebracht. Viele davon sind Wunschvorstellungen, die an der Realität im Schulzimmer scheitern. Wir müssen diesen Bereich sicher nicht noch weiter ausbauen. Wir alle kennen die Probleme der Volksschule und benötigen nicht noch mehr Forschung, Fachstellen und Bürokratie. Wir lehnen dieses Postulat darum ab.

*Livia Knüsel (Grüne, Schlieren):* Wir sehen zum heutigen Zeitpunkt auch keine Notwendigkeit, diesen Vorstoss zu unterstützen. Die Erkenntnisse der Fachstelle für Schulbeurteilung können die Schulen dank Schlussbericht und Impuls-Workshops bereits heute gut aufnehmen und weiterentwickeln. Welches konkrete Problem mit diesem Postulat gelöst werden soll, bleibt für uns etwas unklar. Auch erschliesst sich uns nicht, inwiefern eine engere Zusammenarbeit von Fachstelle für Schulbeurteilung, Volksschulamt und Schulen automatisch zu mehr Unterrichtsqualität führen würde. Vielmehr lässt der Vorstoss zusätzliche Strukturen,

mehr Koordination und damit auch mehr Aufwand anklingen. Angesichts der heute funktionierenden Qualitätsinstrumente sehen wir hier kein sinnvolles Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag, das mit diesem Vorstoss heraufbeschworen oder evoziert wird. Aus diesen Gründen unterstützen wir Grünen dieses Postulat nicht.

*Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen):* Die Mitte anerkennt, dass die Qualitätsentwicklung der Volksschulen ein zentrales Anliegen ist. Die Schulen sollen gestärkt werden, um ihre Entwicklungsprozesse gezielt und wirksam voranzubringen. Dennoch lehnt die Mitte das vorliegende Postulat ab. Die Evaluationen der Fachstelle für Schulbeurteilung sind in der Praxis oft sehr aufwendig und bürokratisch. Der Aufwand steht nach Ansicht der Mitte häufig nicht in einem ausgewogenen Verhältnis zum tatsächlichen Nutzen für die Schulen. Die Zusammenarbeit mit Schulen, Volksschulamt und Fachstelle Schulbeurteilung muss zielgerichtet, praxisnah und effizient erfolgen, ohne unnötige Bürokratie zu erzeugen. Pauschale Erweiterungen der Aufgaben der Fachstelle Schulbeurteilung oder zusätzliche gesetzliche Vorgaben sind unserer Meinung nach nicht zielführend. Die Mitte ist bereit, in die Qualitätsentwicklung der Schulen zu investieren, setzt jedoch auf sinnvolle, wirksame und praktikable Massnahmen, die den Schulalltag entlasten und die die Lernqualität der Schülerinnen und Schüler direkt fördern.

*Nicole Wyss (AL, Zürich):* Um es gleich vorwegzunehmen, die Alternative Liste wird dieses Postulat überweisen, wenn auch mit sehr wenig Euphorie. Uns kommt dieses Postulat etwas schwammig vor und wir hätten uns konkretere Vorschläge gewünscht. Nichtsdestotrotz, die Schul- und Unterrichtsqualität soll gestärkt werden. Die externen Schulevaluationen zum Beispiel, sie werden aufwendig durchgeführt. Die Schulen lassen sie über sich hergehen und sind teils froh, wenn sie durch sind. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden als Empfehlung formuliert und in die Schulprogramme aufgenommen – oder auch nicht. Wird die gewünschte Zusammenarbeit jedoch gestärkt, ist dies ein Gewinn für alle und vor allem für die Schüler und Schülerinnen.

*Regierungsrätin Silvia Steiner:* Die Regierung hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen, weil uns das die Möglichkeit gäbe, aufzuzeigen, wie eben die Fachstelle, das Volksschulamt und die Schulen zusammenarbeiten und auf welchen wissenschaftlichen Erkenntnissen die Zusammenarbeit beruht. Wir haben übrigens die Vorgehensweise der Fachstelle für Schulbeurteilung massiv entschlackt und für die Schulen gewinnbringend neu konzipiert. Also gehen Sie bitte wieder einmal in eine Evaluation, vielleicht müssen Sie Ihre Meinung, die wahrscheinlich schon etwas angejährt ist, dann auch revidieren.

In diesem Sinne sind wir bereit, das Postulat zu beantworten, aber wenn nicht, dann können wir unsere Stunden auch sonst irgendwie füllen.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 118 : 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 110/2025 nicht zu überweisen.**

Das Geschäft ist erledigt.